Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Rm. monatlich, einschließlich 0,25 Rm. Botenlohn. Durch die Post 2,20 Rm. einschl. 0,38 Rm. Postgebühren, zuzüglich 0,42 Rm. Bestellgeld 2,52 Rm. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 6,10 Rm. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 0,80 Rm. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 8247. Annahmestelle für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 25 (H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Howes).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 291 | Montag, den 24. Oktober 1938 | Jahrgang 1938

Der neue Moldaustaat mit neuem Namen

Die Grundzüge der künftigen tschecho-slowakischen Verfassung.

„Mittelslawien" oder „Westslawien".

DNB **Prag**, 23. Oktober.

Die „Narodni Listy" veröffentlichen in ihrer Sonntagsausgabe die Grundzüge der neuen Verfassung. Der Entwurf empfiehlt laut dem Blatt die Beibehaltung der republikanischen Staatsform und des parlamentarischen Regiemes in dem umgestalteten tschecho-slowakischen Staat. Strittig ist jedoch noch die offizielle Bezeichnung der Republik. Wahrscheinlich wird das Beispiel der Serben, Kroaten und Slowenen zum Muster genommen werden, die gemeinsam den jugoslawischen Staat gebildet haben. Es wird erwogen, statt des langen und schwer verwendbaren Namens „tschecho-slowakisch-karpatho-russische Republik" die Bezeichnung „Mittelslawien" oder „Westslawien" zu wählen. Die Teilung der Staatsgewalt in vollziehende, gesetzgebende und rechtsprechende Gewalt bleibt ebenso aufrecht erhalten, wie das parlamentarische Regime auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechts und der Grundideen der Demokratie. Träger der Regierungs- und Vollzugsgewalt bleiben der Präsident der Republik und die Regierung. Der Präsident soll ein Vetorecht gegenüber Beschlüssen des Parlaments und ein Notverordnungsrecht für Zeiten eines parlamentarischen Interregnums erhalten. Der Präsident wird wie bisher von der Nationalversammlung gewählt. Die Regierung wird sich zusammensetzen: aus dem Ministerpräsidenten, den Stellvertretern des Ministerpräsidenten, den drei gemeinsamen Ministern (für das Aeußere, die Nationalverteidigung, die gemeinsamen Finanzen), acht Minister für das böhmisch-mährische Land, fünf Minister für die Slowakei und drei Ministern für Karpatho-Rußland. Das Land Böhmen-Mähren wird folgende Ministerien haben: Inneres, Schulwesen, Landwirtschaft, Verkehr, Justiz, Oeffentliche Arbeiten, Handel und Wohlfahrt. Die böhmisch-mährische Regierung wird über die Verwaltung der Landesangelegenheiten hinaus gewisse gesamtstaatliche Kompetenzen haben. So wird ihr die Aufgabe zufallen, im Einvernehmen mit den slowakischen und den karpatho-russischen Ministern Gesetzesanträge für das Zentralparlament vorzubereiten.

Neben den gesetzgebenden Körperschaften für das böhmisch-mährische Land, für die Slowakei und für Karpatho-Rußland wird es ein gemeinsames gesetzgebendes Parlament geben. Dieses Parlament wird 200 Mitglieder zählen. Es wird sich zusammensetzen aus 140 Mitgliedern des böhmisch-mährischen Parlaments, aus 50 Mitgliedern des slowakischen Parlaments und 10 Mitgliedern des karpatho-russischen Parlaments. Damit die 60 Abgeordneten der Slowakei und Karpatho-Rußlands von den böhmisch-mährischen Abgeordneten nicht ohne weiteres überstimmt werden können, wird eine zweite Kammer (Senat) errichtet, die aus 24 Mitgliedern besteht. Von diesen 24 Mitgliedern werden je acht auf jedes Land entfallen. Zwei Drittel der Senatoren werden von den Landesparlamenten gewählt, ein Drittel vom Präsidenten der Republik ernannt. Der Senat kann gegen Gesetze, die vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden, Widerspruch erheben. Die Wahlordnung wird wesentliche Abweichungen vom jetzt herrschenden Recht aufweisen. Das Listenwahlrecht wird aufgehoben. Die Abgeordneten werden einzeln in Wahlkreisen nach dem Majoritätsprinzip gewählt. Die Wahlkreise werden etwa den politischen Bezirken entsprechen. Auf 60 000 bis 80 000 Einwohner käme ein Mandat. Der Wähler wird seinen Stimmzettel für einen Kandidaten und nicht mehr für eine Partei abgeben.

Das Oberste Gericht, das Oberste Verwaltungsgericht und das Militärgericht werden für den ganzen Staat gemeinsam sein. Der Sitz eines dieser obersten Tribunale wird nach Preßburg verlegt.

Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um einen ersten Entwurf, der in seinen Einzelheiten von Fachleuten und interministeriellen Kommissionen umgearbeitet werden und sicher noch manche Aenderung erfahren wird.

Die Slowaken weisen 40 000 Juden aus.

DNB **Preßburg**, 22. Oktober.

In der Slowakei gibt es Zehntausende von eingewanderten Juden, die keine tschecho-slowakischen Staatsbürger sind, sich aber im Geschäftsleben auf äußerst unangenehme Weise bemerkbar machen. Die slowakische Regierung wird nun etwa 40 000 dieser Juden in der nächsten Zeit des Landes verweisen. Diese Maßnahme soll alle Juden treffen, die nach 1918 eingewandert sind.

Politik und Kunst.

Dr. Goebbels in der hamburgischen Staatsoper.

Empfang aus Anlaß des 260jährigen Jubiläums der ältesten deutschen Opernbühne.

:: **Hamburg**, 23. Oktober.

Reichsminister Dr. Goebbels nahm am Samstag an einem Jubiläumsempfang aus Anlaß der 260-Jahrfeier der Hamburgischen Staatsoper teil.

Generalintendant Strohm sprach Worte der Begrüßung, die vor allem Reichsminister Dr. Goebbels galten. Die Hamburgische Staatsoper bekenne als ihre Haltung, mit allen Mitteln weiter bemüht zu sein, wie bisher in der vordersten Reihe des jungen Theaters zu stehen. Der Generalintendant überreichte dem Reichsminister eine aus Anlaß des Jubiläums erschienene literarische Veröffentlichung „Musikalisches Theater in Hamburg" in einem kunstvoll gebundenen ersten Exemplar. Der Generalintendant dankte sodann herzlich der Hamburgischen Regierung und besonders Reichsstatthalter Kaufmann sowie der Bevölkerung der Hansestadt und allen seinen Mitarbeitern für die Arbeit und hohe Unterstützung an dem großen Werk der Staatsoper.

Reichsminister Dr. Goebbels sprach über die Grundgedanken nationalsozialistischer Kulturführung. Der Tatsache, daß die 250-Jahr-Feier der Hamburgischen Staatsoper in der Systemzeit vollkommen vergessen wurde, stellte der Minister das hohe Interesse gegenüber, das die nationalsozialistische Staatsführung allen Fragen der Kunst entgegenbringe. Er verwies darauf, daß in fast allen deutschen Städten die Theater überfüllt seien, daß der deutsche Spielplan größte Vielgestaltigkeit und Reichhaltigkeit aufweise, daß es gelungen sei, den deutchen Künstler vor allem gesellschaftlich zu haben, daß durch eine großzügige Reform ein soziales Aufbauwerk in Angriff genommen sei, das den Schauspielern vor Jahren und Jahrzehnten als eine unerfüllbare Illusion erschienen wäre.

Unter Hinweis auf diese Maßnahmen der deutschen Sozialpolitik im Kulturleben betonte der Minister, daß der nationalsozialistische Staat dieses positive Verhältnis zur Kunst bewußt angestrebt und erreicht habe. „Der Staat sieht in der Kunst", so erklärte Dr. Goebbels, „nicht eine ihm fremde und neutrale Funktion unseres öffentlichen Lebens; er sieht darin einen gewichtigen Teil unseres Volkslebens selbst."

Dr. Goebbels stellte fest, daß die Kunst nach nationalsozialistischer Auffassung nicht etwa ein schöner Zierat des öffentlichen und privaten Lebens sei, den man ebenso gut entbehren könne, ohne damit dem wirtschaftlichen, sozialen oder seelischen Wohlstand des Volkes irgendwie Abbruch zu tun. Der Staat sehe vielmehr in der Kunst eine unabdingbare elementare Funktion des öffentlichen Lebens. Er sehe eigentlich erst in den Schöpfungen der Kunst die Großtaten des völkischen Daseins.

„Ich bin davon überzeugt," betonte der Minister, „daß das, war wir auf kulturellem Gebiet geschaffen haben und noch schaffen werden, am stärksten in die Jahrhunderte wirken und am tiefsten von der Arbeit des Nationalsozialismus auch in der fernsten Zukunft zeugen wird!"

Dr. Goebbels erklärte, daß das Leben ohne Kunst nicht lebenswert wäre. Er schilderte hierauf die überragende Kunstliebe des Führers. Man könne mit Recht davon sprechen, daß heute wieder eine mäzenatische Zeit angebrochen sei. Der nationalsozialistische Staat habe diese Funktionen übernommen, da er wisse, daß die Kunst nicht im luftleeren Raum leben könne.

„Nichts anderes wollten wir als warmherzige Förderer der deutschen Kunst sein! Wir sind berufen und in der Lage, die Pläne und das Streben der deutschen Künstler auf das Volk hin zu fördern und zu unterstützen. Denn gerade wir kennen das Volk, vor allem auch die deutsche Jugend!"

Der Minister bezeichnete es als ein leuchtendes Symbol neuen deutschen Kulturwillens, daß die 260-Jahr-Feier der Hamburgischen Staatsoper, der ältesten deutschen Oper überhaupt, in so sinnfälliger Weise verbunden werde mit den Reichstheatertagen der Hitlerjugend.

So erkläre sich erhabenste deutsche Theatertradition aufs engste verbunden mit dem jüngsten Schaffen unseres Theatergeistes und Theaterwillens.

Dr. Goebbels fuhr fort: „Wir pflegen nicht nur die hohe künstlerische Tradition der deutschen Theatervergangenheit, wir wagen ebenso den Schritt in die jugendliche Zukunft hinein!"

Dr. Goebbels schloß mit herzlichen Grüßen an die Hamburgische Staatsoper, dieses ehrwürdige deutsche Kunst- und Kulturinstitut, dem er auch für die Zukunft reiches Schaffen und stolze Weiterentwicklung wünsche. „Politik und Kunst haben", so sagte er dann, „ein großes gemeinsames Ziel: Die geistige, seelische und körperliche Gesundung unseres deutschen Volkes!"

*

Nach der Festaufführung „Iphigenie in Aulis" versammelte sich am Sonnabend in später Stunde die Gefolgschaft der Hamburgischen Staatsoper und des Philharmonischen Staatsorchesters mit zahlreichen Gästen aus Partei, Staat und Wehrmacht und dem Kulturleben der Hansestadt zu einem Kameradschaftsabend im Curiohaus Nach herzlichen Begrüßungsworten des Betriebsobmannes ergriff Gauleiter Reichsstatthalter Karl Kaufmann das Wort. Er betonte mit Nachdruck, daß, was in den fünf Jahren nach der Machtübernahme aus Hamburgs Oper und Schauspielhaus geworden sei, zu schönem Stolz berechtige. Der Aufstieg der Oper sei nicht zuletzt ein Verdienst des Generalintendanten Strohm, dem der Reichsstatthalter die Hamburgische Verdienstmedaille in Bronze überreichte.

Der Generalintendant, der unter den Gästen den Reichsdramaturgen Dr. Rainer Schlösser, Generalkonsul Ryszanik als Vertreter der polnischen Regierung sowie den Altmeister der Operette, Franz Lehar, begrüßen konnte, nahm sowohl diese Ehrung als auch die Ueberreichung eines Bildes des Reichsministers Dr. Goebbels für die gesamte Gefolgschaft mit Worten des Dankes entgegen.

Peinliche Fragen an Frankreich.

Wo blieben die bisher bewilligten Milliarden für die französische Luftwaffe?

Leeres Geschwätz als Alibi.

▲ **Rom**, 23. Oktober.

Der bei den großen Demokratien fortdauernde Gegensatz zwischen der Rüstungspolitik und dem zur Schau getragenen Geist europäischer Zusammenarbeit findet, wie der Direktor des halbamtlichen „Giornale d'Italia" erklärt, durch die Enthüllungen des französischen Luftfahrtministers eine erneute Bestätigung. Der angekündigte Kredit von 16 Milliarden Franken gehe weit über das normale Maß einer Auffüllung der Bestände hinaus. Er diene der Schaffung einer völlig neuen Luftwaffe und sei zugleich ein schlagender Beweis des Wettrüstens der demokratischen Mächte. Frankreich, das in den seit 1919 unternommenen und in der defensiven und offensiven Maginot-Linie gipfelnden Riesenrüstungen noch nicht genug habe, beschleunige das Tempo seiner Kriegsvorbereitungen und gebe damit seinen Nachbarn eine Einstellung zu erkennen, die nicht ohne Rückwirkungen auf die anderen europäischen Mächte bleiben könne Diese neue Phase der französischen Aufrüstung, durch die der Geist von München ausgeschaltet werde, veranlasse zu einigen Feststellungen.

Zum ersten könne man nochmals festlegen, daß die Initiative für das Wettrüsten von den großen Demokratien ausgehe und daß alle zeitweise wiederkehrenden Aufforderungen zur Abrüstung nichts anderes als leeres Geschwätz und recht zweifelhafte Mittel darstellten, sich ein Alibi zu verschaffen und den kriegerischen Geist der „friedeliebenden" Mächte zu verbergen.

Zum zweiten erkenne man aber, daß Europa noch weit von einer aufrichtigen und dauerhaften Zusammenarbeit zwischen den Nationen entfernt sei. Wieder einmal heißt es, daß anläßlich der Rückkehr der Sudetendeutschen ins Reich den Demokratien Gewalt angetan wäre. Niemandem falle es dabei ein, darauf hinzuweisen, daß diese angebliche Gewalt nichts anderes sei als die Wahrung natürlicher nationaler Rechte, die bei den Demokratien nur allzu weitgehend befriedigt und den totalitären Staaten durch die Gewalttätigkeit der Demoplutokratien vorenthalten worden sei.

Man frage sich aber auch, gegen wen eigentlich diese neuen und verstärkten Rüstungsmaßnahmen Frankreichs gerichtet seien und gegen welche im voraus bestimmte Nation sich die Kriegsvorbereitungen der großen Demokratien wendeten, wo tagtäglich neue Anschläge einflußreicher Kreise gegen die totalitären Regime ausgeheckt werden. Europa und die Welt, vor allem aber die interessierten Nationen, wüßten Bescheid. Zwar habe der französische Luftfahrtminister den katastrophalen Stand der französischen Luftwaffe zur Begründung heranziehen wollen, man müsse aber diese zurechtgestutzten Erklärungen nur mit größter Vorsicht aufnehmen.

Frankreich habe schon Dutzende von Milliarden in seine Luftwaffe gesteckt. Wenn es nach einem derartigen Aufwand an Mitteln immer noch nicht weitergekommen sei, so liege der Gedanke nahe, daß der französische Generalstab den besten Teil der französischen Luftwaffe den Rotspaniern zur Verfügung gestellt habe, um sie dort abschießen zu lassen.

Nehme man aber die Erklärungen des französischen Luftfahrtministers als wahr an, so gehe daraus hervor, daß Bonnet sich durchaus durch die Vermittlung Chamberlains nur deshalb an Mussolini gewandt habe, um den Frieden zu retten, weil Frankreich Angst gehabt habe.

Stabschef der SA Viktor Lutze in seiner westfälischen Heimat.

Am Wochenende weilte der Stabschef der SA, Viktor Lutze in Westfalen. Nachdem ihm in Arnsberg und in Werl der Ehrenbürgerbrief überreicht war, traf er am Sonntag mittag im Dortmunder Fliegerhorst ein. Hier überreichte ihm der Commodore Oberst v. Doering ein Flugzeugmodell und ein Buch mit der Geschichte des Horst-Wessel-Geschwaders als Erinnerungsgabe. Unser Bild zeigt die Uebergabe des Geschenks an den Stabschef durch Oberst v. Doering.

Photo: Tiefensee

König Carol fährt nach London.

£ **London**, 23. Oktober.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat König Carol von Rumänien die Einladung des englischen Königs und der Königin zu einem Staatsbesuch in London angenommen. König Carol wird am Dienstag, 15. November, in London eintreffen. Der Staatsbesuch wird bis Freitag, 18. November, dauern. Der rumänische Kronprinz wird den König begleiten.

Fünf Priester in Barcelona erschossen.

× **Bilbao**, 23. Oktober.

Wieder wird ein Verbrechen der Valencia-Bolschewisten bekannt. Fünf katholische Priester sind in Valencia an die Wand gestellt und erschossen worden.

Thorez darf nicht reden.

(!) **Paris**, 23. Oktober.

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Thorez, wollte am Soanntag in Lyon auf einer kommunistischen Kundgebung das Wort ergreifen. Die Stadtverwaltung von Lyon, an deren Spitze bekanntlich der Kammerpräsident Herriot steht, und die die Besitzerin des von den Kommunisten gemieteten Saales ist, hat den allgemeinen Rahmen der Veranstaltung erlaubt, die Rede des Kommunistenhäuptlings aber verboten.

Er flog 17074 Meter hoch.

DNB **Rom**, 23. Oktober.

Auf dem Flugplatz Guidonia hat der italienische Militärflieger Oberstleutnant Pezzi mit 17 074 Metern einen neuen Weltrekord im Höhenflug aufgestellt. Der bisherige Rekord wurde von dem Engländer Adam mit 16 440 Metern gehalten. Oberstleutnant Pezzi benutzte eine für Stratosphärenflüge besonders ausgestattete Caproni-Maschine. Die während des Fluges festgestellte Mindesttemperatur betrug 59 Grad unter Null.

Die Kolonien — eine Frage des Ansehens und der Ehre.

Deutschland und Frankreich auf dem Weltmarkt.

Ein Gespräch mit Reichsminister Frick.

(!) **Paris**, 23. Oktober.

Der „Paris Midi" veröffentlicht einen Bericht über den Inhalt einer Unterredung, die Reichswirtschaftsminister Funk mit dem Berliner Vertreter des Blattes hatte. Bei dem Gespräch sei man zuerst auf die Frage des Warenaustausches zwischen Deutschland und Südosteuropa gekommen. Reichsminister Funk erklärte hierbei u. a., daß einer Durchführung des Warenaustausches keine nennenswerten Schwierigkeiten im Wege stünden. Gerade in den Gebieten Südosteuropas sei alles das in Ueberschuß vorhanden, was in Deutschland fehle. Deutschland biete zum Ausgleich die Erzeugnisse seiner hochentwickelten Industrie.

Der französische Berichterstatter leitete dann das Gespräch auf die Gestaltung der zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, England und Frankreich über. Der Minister habe zu diesem Punkt bemerkt, daß es für das Reich keinen anderen Wunsch geben könne, als mit diesen Ländern zusammenzuarbeiten. Deutschland habe keineswegs die Absicht, diesen Ländern irgendwelche wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Weg zu stellen. Deutschland und Frankreich könnten sich auf dem Weltmarkt nur ergänzen. Das französische Eisenerz, die französischen Landwirtschaftserzeugnisse und Luxusartikel sowie die deutsche Kohle und die chemischen und pharmazeutischen Erzeugnisse des Reiches würden als Grundlage bereits genügen.

„Und um auf eine allgemeine Auffassung zurückzukommen", so fragte der Reichsminister, „sollte es da nicht z. B. ein Mittel geben, um einen Teil Europas mit einem großen Netz von Autostraßen zu versehen?" Deutschland werde immer bereit sein, den Arbeitsfaktor hierfür zu liefern. Gerade mit unseren Arbeitsmöglichkeiten werde man viele Dinge unternehmen können; vorausgesetzt natürlich, daß man in einer gesunden Atmosphäre und frei von politischen Unsicherheiten lebe.

Zum Schluß trat der Reichsminister der Auffassung entgegen, daß die Kolonialfrage auf wirtschaftliches Gebiet verlegt werden könne. Für Deutschland sei das Kolonialproblem vor allen anderen eine Frage des Ansehens und der Ehre.

„Jetzt geben und nicht warten."

£ **London**, 23. Oktober.

Lord Lothian, der die englische Delegation der in Sydney tagenden Commonwealth-Konferenz geführt hat, gab kurz vor Verlassen Sydneys noch eine kurze Erklärung zur deutschen Kolonialforderung ab. Wenn es möglich sei, so sagt er u. a., Deutschland ein Kolonialgebiet zu geben, ohne dadurch die strategische Sicherheit der Demokratien und des britischen Staatenbundes zu gefährden, so würde er (Lord Lothian) ihm das jetzt geben und nicht warten, bis Deutschland einen Druck ausübe. Solch ein Zugeständnis sei jedoch nur als Gegenleistung für eine wirksame allgemeine Rüstungsbegrenzung ratsam.

Wenn die Rückgabe der Kolonien die Schaffung großer neuer Luft- und Marinebasen in Afrika oder sonst irgendwo bedeute, die dazu dienen könnten, die englische Verteidigung zu bedrohen, dann sollte England sich weigern, irgendwelche Kolonien abzutreten. Um aber eine solche Weigerung wirksam zu gestalten, müsse England stark genug sein, um es Deutschland unmöglich zu machen, das, was es wünsche, durch Drohungen zu erlangen.

Die Polizeigewalt im Sudetenland.

Die neuen Befehlshaber ernannt.

✓ **Berlin**, 23. Oktober.

Mit der Uebernahme der Zivilverwaltung im Sudetenlande durch den Reichskommissar SS-Gruppenführer Konrad Henlein ist die Sorge für Ordnung und Sicherheit im Sudetenlande in die Hände der Polizei übergegangen. Bei der Dienststelle des Reichskommissars für die sudetendeutschen Gebiete sind zur Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben je ein Befehlshaber der Ordnungspolizei und ein Befehlshaber der Sicherheitspolizei bestimmt worden. Zum Befehlshaber der Ordnungspolizei wurde vom Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei der Generalmajor der Ordnungspolizei Pfeffer-Wildenbruch, zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei der SS-Oberführer Oberregierungsrat Jost ernannt.

Dem Befehlshaber der Ordnungspolizei unterstehen in den drei künftigen Regierungsbezirken Troppau, Aussig und Karlsbad die zuständigen Abschnittskommandeure der Ordnungspolizei, die vom Sitz des Regierungspräsidenten aus für ihren Bezirk die ordnungspolizeilichen Aufgaben erfüllen.

Dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei unterstehen die Behörden der Sicherheitspolizei, d. h. die Staatspolizeistellen und die Außenstellen der Reichskriminalpolizei in den sudetendeutschen Gebieten.

Mit der Uebergabe der Verwaltung des Sudetenlandes an den Reichskommissar Konrad Henlein ist in Reichenberg eine Staatspolizeileitstelle sowie in Karlsbad und Troppau je eine Staatspolizeistelle errichtet worden, denen die Wahrnehmung aller Aufgaben der Geheimen Staatspolizei in ihrem Bezirk obliegt. Die drei Behörden der Geheimen Staatspolizei erhalten unmittelbar vom Chef der Sicherheitspolizei bezw. vom Geheimen Staatspolizeiamt Berlin ihre Weisungen. Zum Leiter der Staatspolizeileitstelle Reichenberg ist der SS-Sturmbannführer Regierungsrat Dr. Kernert ernannt worden.

Die Geheime Staatspolizei errichtet Außendienststellen, Grenzpolizeikommissariate und -posten, die den Staatspolizeistellen unterstellt sind. Die südlichen und südwestlichen Teile des Sudetenlandes werden der Staatspolizeileitstelle Wien, der Staatspolizeistelle Linz und der Staatspolizeistelle Regensburg angegliedert.

Die kriminalpolizeilichen Aufgaben werden bis zur Errichtung von Kriminalpolizeistellen, die mit den staatlichen Polizeiverwaltungen den gleichen Dienstsitz haben werden, von Außenstellen der benachbarten Kriminalpolizeistellen des Altreichgebietes wahrgenommen.

Das Heer dankt der NSV.

Ein Schreiben von Brauchitschs an Hilgenfeldt.

✓ **Berlin**, 23. Oktober.

Dem Leiter des Hauptamtes für Volkswohlfahrt, Hauptamtsleiter Hilgenfeldt, ging vom Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, ein Schreiben zu, in dem es u. a. heißt:

„Die NSV hat die sudetendeutschen Flüchtlinge in ihre treue Obhut genommen, sie versorgt und sie dann wieder in ihre Heimat zurückgeleitet. Sie hat ferner durch ihre hinter den vordersten Truppen einrückenden Kolonnen mit Verpflegung und Bekleidung die Not der Bevölkerung rasch und tatkräftig lindern helfen.

Die NSV hat sich damit in ihrer Gesamtheit als tatkräftiger Künder nationalsozialistischer Opferbereitschaft erneut bewährt und die mir vom Führer übertragene Aufgabe der Betreuung der Bevölkerung weiter erleichtert.

Möge diese segensreiche Tätigkeit der NSV auch dem letzten Volksgenossen ein Ansporn sein, sie stets nach Kräften zu unterstützen. Ihnen, Ihren Mitarbeitern und allen Ihren Helfern gilt mein herzlicher Dank."

Nun herrscht deutsches Recht.

Der Reichsjustizminister bei Konrad Henlein.

✓ **Berlin**, 23. Oktober.

Reichsjustizminister Dr. Gürtner hat sich in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Freisler und verschiedener Referenten seines Ministeriums in das Sudetenland begeben, um dem Reichskommissar Henlein einen Besuch abzustatten. Er hat den Rechtsanwalt Dr. David aus Leitmeritz zum vorläufigen Leiter des in Reichenberg errichteten oberlandesgerichtlichen Senats berufen und ihm zugleich die Leitung der Justizverwaltung in den sudetendeutschen Gebieten übertragen. Für die sachliche Leitung der Dienstgeschäfte bei den Staatsanwaltschaften und den Strafvollzugsbehörden in den sudetendeutschen Gebieten ist vorläufig der Oberstaatsanwalt Gabriel aus Hamm bestellt worden.

Der Stellvertreter des Reichskommissars.

× **Berlin**, 23. Oktober.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, hat zum ständigen und allgemeinen Vertreter des Reichskommissars für die sudetendeutschen Gebiete den Ministerialdirigenten im Reichsministerium des Innern Dr. Bracht bestellt. Gleichzeitig hat der Reichsinnenminister den Stellvertreter Konrad Henleins, Karl Hermann Frank, beauftragt, den Reichskommissar für die sudetendeutschen Gebiete auch im staatlichen Aufgabenbereich im Falle seiner Abwesenheit und bei repräsentativen Angelegenheiten zu vertreten.

Landesplanung im Sudetenland.

Die Besichtigungsreise von Reichsminister Kerrl.

× **Reichenberg**, 23. Oktober.

Reichsminister Kerrl hatte in Reichenberg eine längere Unterredung mit Konrad Henlein über die seine Geschäftsbereiche angehenden Fragen. Insbesondere wurde über die beim Reichskommissar Henlein zu errichtende Dienststelle für Raumordnung und Landesplanung gesprochen.

Der Sudetengau ist dicht besiedelt. Alle Durchführungsmaßnahmen zur Raumordnung im Sudetenland wie etwa der Bau der Reichsautobahnen, die Anlagen neuer Industriewerke und Großsiedlungen, Wehrmachtsanlagen und Erholungsstätten beanspruchen gewisse Flächen von dem an sich schon zu knappen Raum. Die Dienststelle für Raumordnung und Landesplanung wird ihr Augenmerk darauf zu richten haben, daß z. B. die besten Nahrungs- und Erholungsflächen und die Gebiete, in denen Bodenschätze vorkommen, von falscher Benutzung freibleiben und daß Ueberschneidungen der verschiedenen Planungsmaßnahmen vermieden werden.

Reichsminister Kerrl besichtigte auf seiner Fahrt von Karlsbad nach Reichenberg insbesondere das Brüx-Teplitzer Braunkohlengebiet, bei dessen nun verstärkt erfolgendem Ausbau mit reichswichtigen Betrieben darauf geachtet wird, daß die Fehler einer planlosen Aufschließung und Bewirtschaftung, die sich in anderen Gebieten so verheerend ausgewirkt haben, vermieden werden. Die Erholungsgebiete für die im Braunkohlengebiet arbeitenden Volksgenossen werden geschützt und dem Volke zugänglich gemacht.

Vorbildliche Spende.

DNB **Berlin**, 23. Oktober.

Die Firmen Bayer, IG-Farbenindustrie A.-G., Leverkusen, und E. Merck, Darmstadt, haben unter der Bezeichnung „Sudetendeutsche Vigantol-Spende" unentgeltlich 100 000 Flaschen Vigantolöl zur Durchführung einer ausreichenden Rachitisbekämpfung im Sudetenland zur Verfügung gestellt. Die unvorstellbare Not in den sudetendeutschen Gebieten während der vergangenen 20 Jahre hatte bekanntlich auch ein erschreckendes Anwachsen der an Rachitis erkrankten Kinder zur Folge. Wenn der Führer in seiner Eröffnungsrede für das Winterhilfswerk 1938/39 mit Nachdruck betonte: „Ich will in wenigen Jahren in diesem Lande kein rachitisches Kind mehr sehen!", so ist auf dem vorgezeichneten Wege mit der vorbildlichen Spende ein weiterer Schritt getan.

Der französische Diplomatenschub.

(!) **Paris**, 23. Oktober.

Zu dem französischen Diplomatenschub erfährt man in gut unterrichteten Kreisen, daß der jetzige französische Botschafter in Barcelona, Labonne, zum Generalresidenten in Tunis ernannt worden sei; anstelle Labonnes gehe der augenblickliche Kabinettschef des französischen Außenministers, Jules Henry, als Botschafter nach Barcelona. Zum Nachfolger des Botschafters in Moskau, Coulondre, soll der bisherige französische Botschafter in China, Naggiar, ernannt worden sein. An die Stelle des zum Botschafter in Ankara ernannten bisherigen Direktors für politische Angelegenheiten im Quai d'Orsay, Massigli, tritt der jetzige stellvertretende Direktor für politische Angelegenheiten, Chaveriat, dessen Posten wiederum der bisherige Direktor für europäische Angelegenheiten, Rochat, übernehmen wird. Wie ferner verlautet, soll der frühere französische Gesandte in Wien, Puaux, zum französischen Oberkommissar in Syrien ausersehen sein.

Eine amtliche Bestätigung für diese Informationen liegt noch nicht vor.

Am falschen Fleck sparen Sie, wenn Sie die Pflege Ihrer Schuhe vernachlässigen. Pflegen Sie Ihre Schuhe mit dem echten, altbewährten Erdal. Der rote Frosch auf der Dose bürgt für die Güte. Trotz des neuen niedrigeren Preises ist die Erdal-Qualität die gleiche geblieben. Die Schuhe halten länger und bleiben länger schön.

Die Reichstheatertage der HJ eröffnet.

Die Stellung der Jugend zum Theater und zur Kunst.

:: **Hamburg**, 23. Oktober.

Die Reichstheatertage der Hitlerjugend Hamburg 1938, die unter der Schirmherrschaft des Reichsministers Dr. Goebbels und des Reichsjugendführers Baldur v. Schirach stehen, wurden am Sonntagabend im Thalia-Theater mit der Uraufführung des Dramas „Der Untergang Karthagos" von E. W. Möller im festlichen Rahmen eröffnet, wobei der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur v. Schirach, in einer grundsätzlichen und bekenntnishaften Rede die Stellungnahme der deutschen Jugend zum Theater und zur Kunst schlechthin darlegte.

Der Reichsjugendführer ging davon aus, daß es auf allen Gebieten des Lebens schöpferische und unschöpferische Menschen aller Grade gibt. Er würdige die schöpferische Leistung der jungen Liederkomponisten, von denen er Baumann, Blütensaat, Spitta und Napiersky als einige von vielen nannte, und erklärte: „Gegenüber allen trockenen Musikphilistern bekennen wir dankbar und begeistert: Am Anfang war das Lied!"

Dann wandte er sich der Anteilnahme der Jugend an der Entwicklung des Theaters seit 1933 zu. Er schilderte dabei sowohl die Steigerung des Besuches der Theater durch Jugendliche, wie er durch den Veranstaltungsring der HJ planmäßig gefördert wird, und andererseits den Beitrag der Jugend an dramatischer Kunst für die Bühnen der deutschen Theater selbst.

Mit beißendem Humor rechnete er mit den Konjunktur-Dichtern ab, die mit tönenden Schlagworten aus dem Leben der Bewegung geschäftstüchtig einen unverdaulichen Brei zusammenmixten.

Wenn die Autoren solcher Produkte zu ihrer Entschuldigung sagten, sie hätten es gut gemeint, so meinen wir es mit unserem Volke besser, indem wir es mit solchen Blechschmieden schlecht meinen. Solcher Kitsch sei ein Aergernis für alle, die den Versuch unternehmen, als schöpferische Menschen den deutschen Namen in der Welt ernsthaft zu repräsentieren.

Aufgabe des Theaters sei es nun, die Jugend in ihrem Nationalbewußtsein zu festigen und zu stärken. Der Reichsjugendführer schilderte dann die Tätigkeit des Veranstaltungsringes der HJ im Jahre 1937 und verwies auf das Ergebnis von Königsberg, wo von 310 000 Einwohner 8000 Abonnenten des Veranstaltungsringes gewesen seien; es seien dort 20 Theaterabende in einer Spielzeit durchgeführt worden.

Weiter stattete der Reichsjugendführer seinen Dank denjenigen Männern ab, die der Jugend die Möglichkeit gegeben hätten, an der Neugestaltung unseres Theaterlebens mitzuwirken.

Reichsberufswettkampf und Adolf-Hitler-Marsch, vormilitärische Ertüchtigung und musische Bildung stellen im neuen deutschen Erziehungssystem ein unteilbares Ganzes dar. Wenn wir im Zuge dieser Erziehung die Jugend nunmehr zum Theater, ich möchte lieber sagen: zum Drama führen, so erfüllen wir damit eine uns durch unsere Weltanschauung auferlegte nationale Pflicht.

Nach diesen mit langanhaltenden Zustimmungskundgebungen aufgenommenen grundsätzlichen Ausführungen erklärte der Reichsjugendführer die Reichstheatertage der Hitler-Jugend Hamburg 1938 für eröffnet.

Imredy über Ungarns Politik.

Drei große Freunde.

DNB **Budapest**, 23. Oktober.

Ministerpräsident Imredy veröffentlichte in der Sonntagsnummer des „Függetlenseg" einen Leitaufsatz über die ungarische innere und äußere Politik. In den gegenwärtigen schwierigen Zeitläuften, so schreibt Imredy, hätten sich drei große Freunde für Ungarn eingesetzt und ihrer Stellungnahme sei es zu verdanken, daß die Morgenröte der ungarischen Hoffnungen angebrochen sei. Dies verpflichte die Ungarn zum Danke selbst um den Preis von Opfern.

„Sie erwiesen sich als unsere Freunde: Wir sind ihre Freunde! Wege der Zusammenarbeit mit ihnen sind in Tagen hochgehender geschichtlicher Wogen ebenso zu suchen, wie in Tagen friedlicher bürgerlicher Arbeit."

Der größere Teil der Ausführungen Imredys ist der inneren Politik gewidmet. Die unbedingt notwendige innere Erneuerung müsse mit einer raschen und gründlichen völkischen und sozialen Umgestaltung einhergehen. Dabei dürfe man auch vor Anwendung von mit dem ungarischen Geist in Einklang stehenden äußersten Mitteln nicht zurückscheuen. Für die Armee müßten alle Opfer gebracht werden. Die Christliche Moral müsse im öffentlichen wie im privaten Leben zur Geltung kommen, die Spaltung in Klassen müsse aufhören. Soziale Gerechtigkeit sei notwendig. Der Boden müsse unter mehr Leute verteilt werden, die ihn gut bebauten und in Zeiten geschichtlicher Erprobung ihren Mann stellten.

Der einzelne solle schaffen und gedeihen. Der Profithunger müsse verschwinden und selbst der Schein von Mißbräuchen vermieden werden. In diesem Lande seien die christlichen Ungarn die die Nation erhaltende Schicht und daher mit allen Mitteln zu stärken. Fremdlinge, sofern sie Parasiten seien, müßten weggefegt werden. Das sei der einzig richtige Weg, auf dem Ungarn, stahlhart zusammengeschweißt und in Treue hinter seinem einzigen Führer, dem Reichsverweser, marschieren müsse. Sonst blieben die Ungarn bloß Zwerge im Schatten der Riesen, während sie sich im Falle eines einheitlichen Willens in der Geschichte der Völker hervortun könnten. Die Vorbedingung des Erfolges sei Disziplin, Ordnung und Achtung vor den Autoritäten.

In Ungarn müsse eine tatkräftige nationalistische, vom militärischen Geiste durchtränkte christliche Rechtspolitik herrschen.

„Wir sind entschlossen, alle, die sich diesem aufbauenden Willen entgegensetzen, unschädlich zu machen." Betrüger, Preistreiber, Spekulanten und Defaitisten müßten ebenso verschwinden wie jene, die infolge mangelnder Selbstkritik oder vom Wahne irgendwelcher Machtbestrebungen getrieben, die Auferstehung des Landes verhinderten, die Front erschütterten und, vielleicht unbewußt, der lauernden blutigroten Zerstörung Vorschub leisteten.

Die tschechischen Vorschläge in Budapest eingegangen.

Ungarn macht Gegenvorschläge.

DNB **Budapest**, 23. Oktober.

Während der Nacht von Sonnabend auf Sonntag wurden die tschechischen Vorschläge durch einen Militärattaché dem ungarischen Gesandten in Prag zugestellt, der sie sofort an Ministerpräsident Imredy übermittelte. Während der Nacht noch prüfte dieser zusammen mit Außenminister Kanya die tschechischen Vorschläge. Nach einer Diskussion im Kabinettsrat wird man sich in Budapest zu Gegenvorschlägen bereitfinden, die in Kürze der Prager Regierung zugehen sollen.

Wie das Ungarische Telegraphenbüro ausführt, stellen die neuen tschecho-slowakischen Vorschläge zu den früheren insofern einen Fortschritt dar, als sie sich in mehreren Punkten den ethnographischen Grenzen nähern. Allerdings blieben von diesem Prinzip bedeutsame Städte mit ungarischer Bevölkerung ausgenommen. Die ungarischen Gegenvorschläge, die feststellten, daß die tschechischen Vorschläge in der vorliegenden Form unannehmbar seien, wären von neuem völlig auf ethnographischen Grundsätzen aufgebaut. Die ungarischen Gegenvorschläge setzen sich, so betont das ungarische Büro, im Interesse des europäischen Friedens für eine raschestmögliche diplomatische Lösung des Problems ein. Die kommende Woche werde von entscheidender Bedeutung sein.

Die Grenzzollbeamten in vorderster Linie.

Staatssekretär Reinhardt über den Schmuggel.

— **Linz**, 22. Oktober.

Am Freitag wurde in Linz der neue Oberfinanzpräsident Dr. Groß von Staatssekretär Reinhardt feierlich in sein Amt eingeführt. Dabei ging Staatssekretär Reinhardt auf Steuer- und Zollfragen ein, wobei er zunächst über Fragen sprach, die die Ostmark besonders betrafen. Er behandelte dann die Fragen, die sich für die Zollverwaltung aus der Aenderung der Grenzen des Reiches innerhalb des letzten Jahres ergeben, und den besonders schweren Dienst der Grenzzollbeamten. Die Volksgenossen und Volksgenossinnen müßten Verständnis für die Aufgaben der Zollgrenzbeamten haben und sich bewußt sein, daß Zollgrenzdienst die Voraussetzung für den Bestand der deutschen Volkswirtschaft und für Deutschlands wirtschaftliches, soziales und auch politisches Wohlergehen sei. 1937 seien in den Grenzgebieten des Reiches 14 823 Schmuggelfälle vorgekommen, in 426 Fällen hätten die Zollbeamten, um das Deutsche Reich und deutsche Unternehmungen vor Schaden zu bewahren, von der Waffe Gebrauch machen müssen. 120 286 Personen seien im Jahre 1937 vom Zollgrenzschutz angehalten worden, und zwar in 11 894 Fällen wegen Paßvergehen, in 575 Fällen wegen Spionage, Hochverrats und sonstiger staatsfeindlicher Betätigung. 1211 Personen mußten aus anderen Gründen festgenommen werden, in 27 717 Fällen habe wegen verbotener oder verdächtiger Schriften eingeschritten werden müssen, dazu kämen 4982 andere polizeiliche Angriffe und 3389 Angriffe polizeilicher Art bei der Devisennachschau im Postverkehr. In 73 907 Fällen hätten Zurückweisungen erfolgen müssen. Die deutschen Zollgrenzschutzbeamten hätten in den letzten Wochen Unmenschliches leisten müssen. Seit dem 13. Oktober stehe der deutsche Zollgrenzschutz in der vordersten Linie an den Grenzen des Großdeutschen Reiches gegen die Tschechei. Unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen tue dort jeder Zollgrenzschutzmann im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung bei Wind und Wetter unentwegt seine Pflicht.

Versailles als Wurzel alles Uebels.

„Englands Sache ist es, ein Angebot zu machen".

Lord Allan über die Ausbaumöglichkeiten des Münchener Abkommens.

£ **London**, 23. Oktober.

Lord Allan of Hurtwood nimmt in einer sehr bemerkenswerten Zuschrift an den „Manchester Guardian" zu dem Abkommen von München Stellung. Lord Allan sagt dabei, daß England daran denken müsse, daß, wenn es heute den Frieden, wie manche behaupteten, mit „Unehre hätte kaufen" müssen, so deswegen, weil England vor 20 Jahren einen ehrlosen Frieden diktiert habe. Wenn das deutsche Volk unter dem Einfluß leidenschaftlicher Empfindungen stehe, so gehe das zum Teil auf das zurück, was die Alliierten in Versailles getan hätten und mehr noch darauf, daß sie dieses Unrecht in den folgenden Jahren nicht wieder gut gemacht hätten. So sei die gegenwärtige Entwicklung beinahe unvermeidlich geworden. Der Premierminister habe in München recht gehabt, als er sich geweigert habe, dieser eine noch größere Tragödie hinzuzufügen, nämlich die eines Weltkrieges im Namen der Ehre.

Zu den Münchener Verhandlungen stellt Lord Allan fest, daß der Premierminister sich der Tatsache gegenübergesehen habe, daß das Kollektivsystem keine entsprechende Macht besessen habe, um einen Krieg zu verhindern. Er habe weiter vor der Tatsache gestanden, daß man bereits eine Woche vorher zu dem Entschluß gekommen sei, eine ungerechte Grenze zu berichtigen. Mit anderen Worten, Chamberlain habe vor der Wahl zweier Katastrophen gestanden. Entweder hätte er gegenüber unangebrachten Drohungen mehr zugestehen müssen, als er wünschte, um ein zu lange ertragenes Uebel wiedergutzumachen, oder aber, er hätte sich für den Weltkrieg entscheiden müssen. Er, Lord Allan, zweifle nicht daran, daß Adolf Hitler in diesem Augenblick das Risiko eines Krieges auf sich genommen hätte. Seiner Meinung nach also habe der Premierminister recht gehandelt, wenn er sich gegen die schreckliche Katastrophe eines Krieges entschieden habe.

Bemerkenswert sind die Ausführungen Lord Allans zu den Auswirkungen und Möglichkeiten des Münchener Abkommens. Er meint, auf diese oder jene Weise müsse man sich dazu durchringen, den latenten Konflikt zwischen 75 Millionen Deutschen im Herzen Europas und dem britischen Commonwealth zu beseitigen.

Es sei dabei Englands Sache, von sich aus das Angebot zu machen sowie die wirtschaftlichen und kolonialen Wiedergutmachungserörterungen zu stellen.

Was die sich nicht selbst regierenden Gebiete anlange, so sei England verpflichtet, darauf zu bestehen, jede Wiederherstellung der Souveränität oder jede Uebergabe eines Mandates von einer endgültigen Friedensregelung abhängig zu machen. Diese Regelung sollte die Rüstungsbegrenzung einschließen und gemeinsame Bestimmungen für die Behandlung der Eingeborenen.